

CHRISTIAN HORN

Pfitznerweg 24, den 23.11.2015

Telefon:(0791) 9 46 07 41

Fax. (0791) 9 46 07 42

e-mail: horn.jc@t-online.

Frau

Annette Sawade (MdB)

E-Mail: annette.sawade@wk.bundestag.de

Sehr geehrte Frau Sawade,

der Grund dafür, dass ich mich an Sie wende, ist die Position unserer Partei, der SPD, zu TTIP (Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft = [engl.:] Transatlantic Trade- and Investment-Partnership) und ist des Weiteren meine Sorge, TTIP könne sich auf längere Sicht sogar als ein Demokratie und Frieden gefährdendes Abkommen erweisen. Problematisch ist u.a. die erstmals durch ein Abkommen auch für die Zukunft festgeschriebene Unveränderbarkeit der in diesem Abkommen niedergelegten Bestimmungen, denn, ist es erst einmal in Kraft, könnten einzelne Nationalstaaten an den vertraglichen Festlegungen nichts mehr verändern. Mein Eindruck ist – das kommt hinzu – dass die Basis unserer Partei in dieser Frage von ihrem Führungspersonal zu großen Teilen abgehängt ist, dass die Parteibasis mehrheitlich gegen dieses Abkommen steht, aber von den Verantwortungsträgern nicht wirklich ernst genommen wird. Im Willy-Brandt-Haus scheint man sich nicht einmal mehr um Parteitagsbeschlüsse in Sachen TTIP zu kümmern. Statt dessen werden große Zeitungs-Anzeigen – im Auftrag des Wirtschaftsministeriums (!), das jetzt auch für die SPD-Zentrale in dieser Frage federführend zu sein scheint – geschaltet, wie zuletzt am Tag einer Demonstration von zweieinhalb Millionen Menschen am 10. Oktober in Berlin.

Sehr geehrte Frau Sawade, die OFFENE KIRCHE im hiesigen Wahlbezirk der Württ. Evang. Landeskirche (Dekanate Künzelsau, Schwäbisch Hall, Gaildorf) hatte vorgestern im Brenzhaus eine sehr gut besuchte Veranstaltung zu TTIP. Dabei wurde mir noch einmal sehr komprimiert bewusst, dass dieses Abkommen, würde es verabschiedet, letztlich auch unserer Demokratie, dem sozialen Frieden hierzulande und auch dem internationalen Frieden schaden würde.

Bekannt ist inzwischen den meisten Menschen in Deutschland, dass es bei diesem Handels- und Investitionsabkommen nicht um die Freiheit der Menschen sondern um die der großen Konzerne geht. Frei soll der Handel sein; befreit soll er sein von allen "tarifären" (z.B. Zöllen) und "nichttarifären" Handelshemmnissen. Als "nichttarifäre" Hemmnisse könnten auf Grund dieses Abkommens alle nationalen Standards, also soziale, arbeitsrechtliche (Beispiel: Mindestlohn) und ökologische, aber auch kulturelle Standards betroffen sein und damit von den international agierenden Konzernen ausgehebelt werden. Soweit ist das weithin bekannt. Bekannt ist weiter, dass die Frage der "neutralen" Schiedsgerichte möglicherweise inzwischen, dank des öffentlichen Widerstands, halbwegs vom Tisch zu sein scheint. Obwohl es nicht einleuchtet, dass eigens dafür ein neuer europäischer Handelsgerichtshof eingerichtet werden soll.

Weniger bekannt ist, dass die vielleicht noch größere Gefahr von TTIP in der Zukunft lauert. Sollte es sich nämlich herausstellen, dass auf Grund neuer Erkenntnisse und nationaler Übereinkünfte neue Standards gesetzt werden müssten, weil z.B. erst dann die Gefährlichkeit eines jetzt noch als harmlos geltenden chemischen Mittels bekannt werden würde, so wären die dafür notwendigen Vertragsveränderungen nicht mehr möglich, sie wären ausgeschlossen. Das geplante Abkommen geht also zu Lasten künftig notwendig werdender Regulierungen und Demokratie-Entwicklung.

Völlig unbekannt scheinen den Menschen hierzulande im Zusammenhang mit TTIP nun aber die folgenden Punkte zu sein:

1) TTIP bedeutet die völlige Durch-Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Das kann nicht das Ziel unserer Politik sein. Unsere Demokratie würde total abhängig von wirtschaftlichen Interessen. Und zwar von den Interessen der wirklich großen Global-Players. Selbst unsere kleinen und mittelständischen Betriebe hätten dann sehr bald das Nachsehen.

2) TTIP richtet sich vom Ansatz her jeweils gegen die Schwächeren. TTIP befördert eine Wirtschaftsverfassung für den möglichst total unregulierten Wettbewerb. Auf der Strecke bleiben würden nicht nur die sozial Schwachen hierzulande sondern auch schwächere Staaten z.B. in Afrika, die heute schon vielfach zu Opfern europäischer Agrarpolitik (und europäischer Exportsubventionen) geworden sind. Überhaupt verwundert es, dass wir alle nicht wachsamer waren, und dass sich unser Protest nicht schon früher gegen eine ganze Reihe ähnlicher bilateraler Handelsabkommen gerichtet hat, die das starke Europa schwachen afrikanischen Staaten regelrecht aufgezwungen hat.

3) Das TTIP-Abkommen grenzt wie alle diese Handels-Abkommen nicht beteiligte Staaten jeweils aus. Das scheint auf den ersten Blick selbstverständlich zu sein, birgt aber eine Reihe von gefährlichen Konsequenzen in sich. Zum einen soll mithilfe dieser Abkommen Konkurrenz-Druck auch auf nichtbeteiligte Staaten ausgeübt werden, damit sie sich den TTIP-Standards ebenfalls unterwerfen. Zum andern wird z.B. in Europa die Ost-West-Spaltung vertieft. Russland soll weiter isoliert werden. Das ist so gewollt. Genau so wie sich die TPP (Trans-Pazifische Partnerschaft) in Fern-Ost, die kürzlich verabschiedet wurde, gegen China richtet. Bei TTIP im atlantischen wie bei TPP im pazifischen Raum zielen die USA auf eine globale Spaltung der Welt. Das Kuriose dabei ist, dass wir Europäer (wegen des Ukraine-Konflikts) den Handel mit Russland einschränken mussten, während die USA den ihrigen mit Russland im selben Zeitraum erheblich ausweiteten.

4) Das Gefährlichste aber ist die mindestens indirekte sicherheitspolitische und rüstungspolitische, sprich die militärische Komponente von TTIP. Sie wird erst durch einschlägige Kommentierung der Ideenführer von TTIP wirklich sichtbar. Es geht um Konzentrierung der Rüstungsindustrie und im selben Kontext wahrscheinlich sogar um US-zentrierte Verfolgung militärischer Interessen, sprich um den Versuch langfristiger strategischer Einbindung und Abhängigmachung von TTIP- bzw. TPP-Staaten. In Verbindung mit dem dritten Punkt wahrlich ein Horrorszenarium.

Sehr geehrte Frau Sawade, liebe Genossin, aus all diesen Gründen ist TTIP nicht zu akzeptieren. TTIP gefährdet die Demokratie und gefährdet den Frieden. Es kann m.E. nicht sein, dass ausgerechnet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu diesem Vertragswerk die Hand reicht. Spricht nicht allein schon die intransparente Art und Weise der Verhandlungsführung eine deutliche Sprache? Sagt es nicht ebenfalls sehr viel aus über den heute schon demokratie-fernen Zustand der EU-Kommission, wie diese mit den Vertretern der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) umgegangen ist? Dass sie nämlich zunächst meinte, die Vertreter von dreieinhalb Millionen Unterschrift leistenden Europäern, erst gar nicht als solche anerkennen zu müssen? Hier wird doch schon der geltende Lissabon-Vertrag, der sowieso seine großen Demokratie-Defizite und seine sozialpolitischen Mängel hat, in Frage gestellt. (Gott sei Dank, nicht so Martin Schulz, Präsident des Europa-Parlaments und unser Genosse!)

Auf diesem Hintergrund bitte ich Sie eindringlich, den mancherlei Beruhigungspillen, von denen zu erwarten ist, dass sie auf dem kommenden Parteitag der SPD in Sachen TTIP verteilt werden (nach dem Muster, es werde schon alles nicht so schlimm kommen, u.ä.), doch ja keinen Glauben zu schenken und sich tapfer gegen TTIP auszusprechen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Christian Horn

Zur Kenntnis:

- Herrn Nikolaos Sakelariou (MdL)
E-Mail: nikolaos.sakelariou@spd.landtag-bw.de
Gelbinger Gasse 39
74523 Schwäbisch Hall
- Herrn Michael Wanner (Ortsvereinsvorsitzender SPD)
E-Mail: michael.wanner@t-online.de
- Haller Tagblatt
E-Mail: redaktion@hallertagblatt.de